

Was wäre, wenn es Dich träfe? Die Wirkungsweise eines angeblich nicht existenten Phänomens

Sie haben nicht einmal einen Namen dafür. Nein, sagen die Berufsverbietler, in der Bundesrepublik Deutschland gebe es keine Berufsverbote. Wenn Du sie dann fragst, welchen anderen Namen sie dafür haben, erzählen sie Dir, daß der öffentliche Dienst von Extremisten freigehalten und daß jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst auf seine Eignung hin überprüft werden müsse und daß es den Extremisten eben an der Eignung fehle und daß jeder, der sich für eine extremistische Partei oder eine andere extremistische Vereinigung engagiere, als Extremist gelten müsse und daß, wenn ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes sich in einer solchen Vereinigung engagiere, dies als Dienstvergehen betrachtet werden müsse, weil er dann nämlich nicht mehr die Gewähr biete, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, und daß er deswegen aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden müsse, auch wenn er ihm schon jahrzehntelang angehöre, ohne je seine Dienstpflicht verletzt zu haben, und daß dies alles deswegen notwendig sei, weil wir doch nicht wollten, daß die BRD ebenso von Verfassungsfeinden zerstört werde wie einst die Weimarer Republik. Sie antworten Dir mit einem Schwall von Wörtern, aber einen Namen haben sie nicht für das, was sie tun – was sie lebenden Menschen antun.

Am liebsten wäre es ihnen, wenn gar nicht darüber gesprochen würde. Was Michel nicht weiß, macht Michel nicht heiß. In der Zeitung liest er nur gelegentlich etwas von »Regelanfrage«, »disziplinarischen Vorermittlungen«, »Bundesdisziplinaranwalt« und »Bundesverwaltungsgericht«, was ihn langweilt und kalt läßt. Gegen solche Art von Publizität haben die Berufsverbietler nichts einzuwenden.

Ich möchte von den Opfern der Berufsverbote sprechen. Von den Opfern der Berufsverbietler.

Stell Dir vor: Du wirst vom Dienst suspendiert – Du weißt nicht, für wie lange. Wenn es nach den Berufsverbietern geht, wirst Du Dein

Leben lang nicht auf Deinen Arbeitsplatz als Briefträger oder Lokomotivführer, Lehrer oder Universitätsprofessor zurückkehren, den Du von heute auf morgen verlassen mußt. Wie sagst Du es Deinen Kollegen? Wie reagieren sie? Wie reagiert Deine Familie? Da gibt es welche, die haben schon immer gesagt, man soll nicht demonstrieren; man soll sich nicht den Linken anschließen; man soll nicht klüger sein wollen als die Obrigkeit. Wie reagieren die Kameraden im Sportverein, die Nachbarn, der Hauswirt? Stell Dir vor: Dein Gehalt wird um die Hälfte gekürzt – Du weißt nicht für wie lange. Bleibst Du in der Wohnung? Oder suchst Du etwas Billigeres? Was hat es für Folgen, wenn Ihr wegzieht, wenn z. B. die Kinder aus dem vertrauten Milieu herausgerissen werden? Mußt Du, um zu sparen, das Auto aufgeben? Aus dem Sportverein austreten? So viele Demütigungen, wirst Du sie ertragen? Und Deine Familie?

Du mußt etwas tun – aber was? Du möchtest herausschreien, welches Unrecht Dir geschieht, aber der Schrei bleibt Dir im Halse stecken. Nein, Du möchtest mit gar niemandem darüber sprechen. Es ist wie eine schlimme Krankheit, die Du am liebsten verbergen möchtest. Wen mußt Du informieren? Wer kann Dir einen Rat geben? Wer kann helfen? Wer ist bereit zu helfen? Welche Hilfe ist sinnvoll? Jeder normale Mensch müßte verstehen, daß es Unrecht ist – aber wer versteht es so?

Die Behörde hat Dich gewarnt: Solltest Du »eine Kampagne anzetteln«, werde sie Dir das im Verfahren als konkretes Dienstvergehen anlasten, und dann würdest Du sehen, was Du davon hättest. Du spürst, wie Dich eine solche Drohung verängstigt. Oder war es, wie die Behörde behauptete, nur eine freundliche Empfehlung? Sie legte Dir auch nahe, Dich von Deiner Organisation zu distanzieren. Du liebtest doch Deinen Beruf, und es wäre doch schade, wenn Deine jahrelange Ausbildung und Weiterqualifizierung und Berufserfahrung vertan wären, hielt Dir die Behörde vor. Du gingst mit keinem Wort darauf ein. Aber ist es nicht die Wahrheit? Vielleicht endet das Verfahren mit endgültigem Berufsverbot. Kannst Du das Deiner Familie zumuten? Was die Berufsverbietter von Dir wollen, ist nur, daß Du Dich nicht mehr politisch engagierst – ähnlich wie die meisten anderen Bundesbürger. Du hättest dann sogar mehr Zeit für die Familie, für den Sport, für Kultur. Aber was wäre der Preis? Ginge das überhaupt: sich loszusagen von dem, was Du für politisch richtig erkannt hast? Von Deiner politischen Verantwortung? Würdest Du nicht die Achtung Deiner Freunde verlieren? Und Deine Selbstachtung? Und welche Folgen hätte es, wenn sich alle so verhielten? Außerdem könnte es Dir

genau so ergehen wie dem Sozialpädagogen Wolfgang L.: Seine Frau, die sein politisches Engagement toleriert hatte, wurde schwer krank, als er die ihm zugesagte Stelle plötzlich nicht antreten durfte; die Sorge um sie und das kleine Kind beherrschten seine Gedanken, er trat aus seiner Partei aus. Trotzdem endete das Verfahren mit einem Erfolg der Berufsverbietler – Begründung: es sei zweifelhaft, wie ernst seine Distanzierung gemeint sei.

Also folgst Du nicht der freundlichen Empfehlung, sondern entscheidest Dich, den Dir aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Im Gespräch mit den politischen Freunden klärt sich, daß die Berufsverbietler nichts so sehr scheuen wie die Öffentlichkeit. Also muß Öffentlichkeit hergestellt werden. Der Zeitungsredakteur nickt verständnisvoll zu allem, was Du ihm vorträgst. Aber am nächsten Tag steht nichts im Blatt. Später erscheint nur eine kurze Meldung, die mit dem Hinweis endet, der Ausgang des Verfahrens werde zeigen, was für und was gegen Dich spricht. Die Freunde sagen, das sei besser als nichts. Andererseits merkst Du, daß manche Bekannte auf der Straße zögern, Dich zu erkennen. Immerhin, im Kollegenkreis rührt sich etwas, als erstes kommt eine Unterschriftenaktion in Gang; einzelne Bekannte rufen Dich an und sagen Dir freundliche Worte, aber es fällt Dir schwer, darauf zu antworten. Du spürst: Dein ganzes Verhältnis zu Deinen Mitmenschen ist angeknackst. Nichts ist wie vorher. Du bist zum Außenseiter gestempelt. Manchmal stehst Du mitten am Tag, wenn andere arbeiten, am Fenster und grübelst über Dein Leben.

Es gibt Mitbürger, die dies schon seit 15 Jahren erdulden, z. B. Hans Joachim M. aus Oldenburg oder Fred K. aus Regensburg. Keiner von ihnen ist zum Helden geboren. Seit gegen sie Berufsverbotsverfahren eingeleitet wurden, lastet auf ihnen bei allem, was sie tun und lassen, die Verantwortung, die Organisation repräsentieren zu müssen, die nach den Vorstellungen der Berufsverbietler in ihrer Person getroffen werden sollte. Das ganze Privatleben ist politisiert. Unter dieser Herausforderung hat sich mancher Betroffene zum umsichtigen, wirkungsvollen Oppositionspolitiker entwickelt – aber unter welchen Opfern. . .

In etlichen Fällen sind die Ehen zerbrochen. Einige vom Berufsverbot Betroffene sind schwer krank geworden, so schwer, daß sie heute ihren Beruf nicht mehr ausüben könnten, selbst wenn sie denn endlich rehabilitiert würden. Manche entschlossen sich, den Beruf aufzugeben, den sie nur im öffentlichen Dienst ausüben konnten, sie suchten sich einen anderen; aber nach einer neuen Lehre, einem neuen Studium hatten sie es bei der Stellensuche schwerer als ihre Mitbewerber, weil

sie nun nicht mehr ganz jung waren, keine Berufserfahrung hatten und den politischen Makel trugen.

Ich kenne die Geschichte von Rolf S., der im Lauf der Jahre sechs Prozesse gewann und seinen Beruf trotzdem noch immer nicht wieder ausüben darf, weil auf jedes letztinstanzliche Urteil, das er erstritt, eine neue Entlassungsverfügung mit inhaltlich ähnlicher oder gleicher Begründung folgte. Ich bewundere die Geduld, mit der er und andere diesen endlosen Rechtsweg von unten nach oben durch alle Instanzen gehen, wieder und wieder, mit welcher äußerlichen Ruhe sie in den Vernehmungen auf unverschämte Vorhaltungen antworten. Es sind immer dieselben Sprüche, mit denen die ahnungslosen, von der Sache nichts verstehenden, aber stramm durchmarschierenden Behördenvertreter daherkommen. Pathetisch wiederholen sie zum tausendsten Mal, die BRD müsse sich vor Extremisten schützen, um nicht das Schicksal der Weimarer Republik zu erleiden. Das halten sie Menschen vor (z. B. Sylvia G.), deren Eltern mit gleicher politischer Grundüberzeugung und Organisationszugehörigkeit einst aktiven Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet haben. In Hamburg traf das Berufsverbot in vier Generationen die Familie A., die seit Bismarcks Sozialistengesetzen unter politischer Verfolgung leidet. Demgegenüber wurden nicht wenige Berufsverbietter als alte Nazi-Aktivisten wiedererkannt, die bis 1945 daran mitgewirkt haben, Kommunisten und anderen Linken die Menschenrechte zu rauben. Diese Generation von Berufsverbiettern ist inzwischen in den Ruhestand getreten – aber sie hat für Nachwuchs gesorgt.

Die Opfer der Berufsverbietter sind nicht alle als Linke erzogen worden. Gutbürgerlich-konservative Eltern erleben mit wachsender Empörung die Willkür, die ihren Kindern entgegen allen rechtsstaatlichen Garantien angetan wird, und sie beteiligen sich an der Solidaritätsbewegung. Es gibt allerdings Eltern, die ganz anders reagieren. Sie zern: Wer Berufsverbot bekomme, der habe es sich selbst zuzuschreiben. Wer sich allen Warnungen zum Trotz den Linken anschließe, gar mit Kommunisten zusammenarbeite oder selber Kommunist werde, der müsse eben die Konsequenzen tragen. Matthias W.'s Mutter sagte sich öffentlich von ihrem Sohn los. Wahrscheinlich befürchtete sie, in der kleinstädtischen Umwelt würde sonst auch sie selbst bald isoliert sein.

Ich muß, wenn ich von den Opfern der Berufsverbote spreche, auch Gisela E. erwähnen, die nach einem Selbstmordversuch lange Zeit in einer psychiatrischen Klinik zubringen mußte.

Schon vor 15 Jahren, kurz nach dem »Radikalenerlaß«, schrieb

Friedrich Neundörfer in der »Zeit«, die Berufsverbote seien »ein Stückchen Faschismus«. Seit langem stellt sich also für jeden Bürger die Frage, welche Position er dazu bezieht. Es gibt mancherlei Möglichkeiten. Die bequemste ist, die Augen davor zu verschließen. Aber als Demokrat muß man die Augen und auch den Mund aufmachen. Über Menschenrechtsverletzungen darf man nicht schweigen, vor allem dann nicht, wenn sie sich im eigenen Land ereignen. Man darf nicht Ruhe geben, bis die Berufsverbote auf dem »Müllhaufen der Geschichte« gelandet sind, auf den sie nach einem Wort von Egon Bahr gehören.

Der jüngste ILO-Bericht fordert jeden Demokraten heraus. Erstmals seit ihrem Bestehen wird die BRD von einer Weltorganisation nach jahrelangem, gründlichem Verfahren, in dem die Bundesregierung und die von ihr aufgebotenen Sachverständigen ausführlich zu Wort gekommen sind, wegen Bruchs einer völkerrechtlichen Vereinbarung verurteilt. Jetzt gibt es kein Wenn und Aber mehr; jetzt ist keine Zeit mehr für Vorsichherschieben und Verdrängen. Jetzt geht es auch darum, wie man sich gegenüber der Völkergemeinschaft verhält. Hitler ist einst, als ihn der Völkerbund rügte, einfach ausgetreten. Von der Bundesregierung ist zu fordern, daß sie sich an die Regeln für das Zusammenleben der Völker hält, die sie selbst mit unterschrieben hat. Bundespräsident Richard von Weizsäcker versicherte dies der ILO, als er sie 1986 besuchte. Die Bundesregierung muß daran gehindert werden, den Bundespräsidenten zu desavouieren.

Nachdem Willy Brandt den »Radikalenerlaß«, an dem er mitschuldig war, als »Irrtum« erkannt hat und nachdem die SPD-regierten Länder die Berufsverbote nicht mehr praktizieren, müssen nun endlich auch die Bundesregierung und die CDU/CSU-regierten Länder auf dem verhängnisvollen Wege umkehren. Jeder Bürger, der es mit den Menschenrechten ernst meint, muß dazu beitragen, ihnen dies klarzumachen.

Es versteht sich, daß dabei an erster Stelle die Gewerkschaften gefordert sind – wegen ihrer antifaschistischen Verpflichtung; wegen ihrer Aufgabe, für Arbeitnehmerrechte einzutreten; wegen ihrer besonderen Verpflichtung gegenüber der von ihnen mitgetragenen ILO. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und einige andere Einzelgewerkschaften, deren Mitglieder besonders zahlreich von Berufsverboten betroffen sind, haben in den vergangenen Jahren schon viel Solidarität organisiert; jetzt muß auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Gesamtheit handeln. Der Beschluß des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB vom 18. Mai 1987 ist ein guter Ansatzpunkt.

Nachbemerkung: Seit Gründung des Heinrich-Heine-Fonds gehöre ich dem Ausschuß an, der Unterstützungsgelder an Berufszwangsopfer vergibt. Die Bedürftigen melden sich meist nicht selbst, weil sie zu bescheiden sind. In ihren Dankschreiben ebenso wie in den Anträgen, die oft von Anwälten, Pfarrern, politischen Freunden gestellt sind, spiegelt sich immer aufs Neue ein politischer Skandal, dessen man sich schämen muß, wenn man sich als Demokrat für den Zustand der Bundesrepublik mitverantwortlich weiß. Bisher wurden über eine Million Mark gespendet; zu den Spendern gehören nicht wenige, die selbst zeitweilig hilfsbedürftig waren und dann den Kampf gegen die Berufsverbietler gewonnen haben. Ich hoffe, daß es bald nicht mehr notwendig sein wird, um Spenden zu bitten. Einstweilen sei nicht vergessen, die Kontonummer anzugeben: 141 806 0000 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Hannover (BLZ 250 101 11).